

In Großbritannien ist schon die Rede von „harten Strafen“ für Wehrdienstverweigerer. Die britische Zeitung *Express* veröffentlichte am Samstag einen [Artikel](#) unter der Überschrift: „Harte Strafen drohen Briten, die sich der Wehrpflicht verweigern, während die Angst vor einem Dritten Weltkrieg rasant zunimmt“. In Anbetracht der Gewalt, die in der Ukraine bei den Rekrutierungen auf offener Straße Anwendung findet, ist bei Nachrichten dieser Art Hellhörigkeit gefragt. Das Grauen des Krieges kommt nicht von heute auf morgen. Es kommt in kleinen Schritten. Ein Kommentar von **Marcus Klöckner**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/260831_In_Grossbritannien_ist_von_harten_Strafen_gegenueber_Wehrdienstverweigerern_die_Rede_Wachsamkeit_ist_gefragt_NDS.mp3

Podcast: [Play in new window](#) | [Download](#)

Wenn Zeitungen schon darüber reden, wie Wehrdienstverweigerer bestraft werden sollen, müssen die Alarmanlagen anspringen. Ein Blick in die Ukraine zeigt, was in einem Land passieren kann, das im Krieg ist. Ausreisesperren für Männer im wehrfähigen Alter. Immer rabiater, brutaler Rekrutierungsmethoden auf offener Straße. Am Ende steht für viele Rekrutierte der Tod an der Front. Gerade was Wehrpflicht und Bestrafung angeht, gilt: Wehret den Anfängen. Großbritannien ist nicht im Krieg. Was noch kommt, ist unklar. Auch die britische Politik fährt den Kurs der Konfrontation gegenüber Russland.

Im Gespräch mit der Zeitung *Express* hat der Autor und Historiker David Swift sich dazu geäußert, wie das Land mit Briten umgehen soll, die einem möglichen Einberufungsauf Ruf nicht nachkommen werden. Er meint, im Falle eines Falles würde es vermutlich um Geld-, nicht um Haftstrafen gehen.

Großbritannien hat derzeit keine Wehrpflicht. Entsprechende Debatten aufgrund des Krieges in der Ukraine gab es schon.

Swift meinte, dass statt einer Haftstrafe eher Geldstrafen gegen diejenigen verhängt werden könnten, die sich weigern, sich zu melden.

Swift sagte:

„Ich kann mir vorstellen, dass es eher Geldstrafen als Haftstrafen oder Ähnliches

geben würde, und zwar aus folgenden Gründen: 1. Mangelnde Kapazitäten in den Gefängnissen. 2. Schwierigkeiten bei der Durchsetzung und mangelnde Legitimität sowie 3. die Tatsache, dass sich die ‚Wehrpflicht‘, sollte sie eingeführt werden, stark auf finanzielle Anreize konzentrieren würde.“

Auf den ersten Blick mögen die Aussagen nicht dramatisch erscheinen. Sie kommen ja auch nur von einem Autor, nicht von der Politik. Doch es sind genau solche Äußerungen, die dazu beitragen, „Räume zu reißen“ – für die Politik. Politisch bereits Angedachtes muss an irgendeiner Stelle öffentlich ausgesprochen werden – auch um Reaktionen zu testen.

Anzunehmen ist: Je weiter sich die Lage zwischen der NATO und Russland verschärfen wird, umso wahrscheinlicher kommen Fragen, wie mit Wehrdienstverweigerern umzugehen sein wird, auf den Tisch – [auch in Deutschland](#).

In Anbetracht der Menschenfängerei in der Ukraine gilt: frühzeitig wachsam sein.

Titelbild: Andrew Angelov / shutterstock.com

